Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Hauptgeschäftsstelle: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1590. Girokasse: Riesa Nr. 53.

№ 123. Donnerstag, 30. Mai 1929, abends. 82. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 20 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Gerichtlicher Rabatt erlischt, wenn der Betrag notfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Zwischen Arbeit und Schlaf". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 69. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Einigung in Paris über die Ziffernfrage.

Eine für Deutschland ungünstige Lösung. — Die Annahme der deutschen Vorbehalte Bedingung.

Teilweise Einigung in Paris.

)(Paris. Gestern abend ist folgendes von den Delegationen gemeinsam verabredetes Communiqué ausgegeben worden:

„Die Sachverständigen der Gläubigermächte und die deutschen Sachverständigen haben sich schon seit einiger Zeit bereiterklärt, die Annuitätsziffer von 2050 Millionen Mark, wie sie vom Vorsitzenden vorgeschlagen ist, anzunehmen, obwohl bezüglich einiger Auslegungsfragen noch Meinungsverschiedenheiten bestanden. Diese Meinungsverschiedenheiten sind jetzt geklärt und eine Auslegung, die sowohl für die Gläubiger wie für Deutschland annehmbar ist, ist gefunden worden, vorbehaltlich allerdings der Einigung über die ungeklärten Bedingungen, deren Entscheidung noch offensteht."

)(Paris. In Konferenzkreisen der alliierten Delegationen wird die Nachricht verbreitet, die Gläubigerdelegationen hätten ihre Berechnungen abgeschlossen und sich über eine Neuverteilung der Annuitäten auf Grund des Beginns der Zahlungen nach dem Young-Plan vom 1. September 1929 geeinigt. Man erklärt ferner, auch hinsichtlich des Verteilungsplanes sei man zu einer Verständigung gelangt. Man erwarte die Antwort der deutschen Delegation auf die neuen Vorschläge im Laufe des heutigen Tages.

•

Die Einigung über die Zahlenfrage.

)(Paris. Zu der gestern erfolgten Einigung der Reparationskonferenz über die Zahlenfrage wird von deutscher Seite erklärt: Der **Dawes-Plan bleibt weiter in Kraft bis zum 1. September dieses Jahres. Von da ab tritt der Plan Youngs in seiner neuen Form an seine Stelle.**

Dieser Plan sieht **für die ersten zehn Jahre** folgende Annuitäten vor: **Vom 1. September 1929 bis zum 31. März 1930 742,8 Millionen, vom 1. April 1930 bis zum 31. März 1931 1708,9 Millionen, für das Jahr 1931 bis 1932 1685 Millionen, für das Jahr 1932 bis 1933 1788,2, für das Jahr 1933 bis 1934 1894,4, für das Jahr 1934 bis 1935 1886,9, für das Jahr 1935 bis 1936 1892,9, für das Jahr 1936 bis 1937 1939,7, für das Jahr 1937 bis 1938 1977, für das Jahr 1938 bis 1939 1995,8 und für das Jahr 1939 bis 1940 2042,8 Millionen.**

In diesen Zahlen ist der Zinsendienst für die Dawes-Anleihe nicht enthalten. **Vom 11. Jahre ab wird also die Zweimilliardengrenze erreicht. Die Ziffern steigen dann noch weiter langsam an und bleiben auf der ungefähren Höhe von 2,2 bis 2,3 Milliarden,** so daß sich **ohne den Zinsendienst** für die Dawesanleihe eine **Durchschnittsannuität von 1988,8 Millionen ergibt.**

Die Uebergangsperiode dient dazu, die Bedürfnisse, die sich aus der Ueberleitung des einen Systems in das andere ergeben, zu decken. Ueber diese Uebergangsperiode erfolgt eine besondere Abrechnung. Die Beträge, die nicht verbraucht werden sollten, werden Deutschland zurückvergütet. Alles andere wird von den Regierungen bestimmt. Sollte das Inkrafttreten des neuen Young-Planes nicht bereits am 1. September d. J. möglich sein, falls nämlich die Regierungsverhandlungen bis dahin noch nicht soweit gediehen sind, so wird der neue Plan de facto später in Kraft treten müssen. Dadurch wird jedoch nichts an den deutschen Zahlungen geändert. Die heute getroffene Lösung hat die politische Lage und politische Zweckmäßigkeit sehr stark berücksichtigt. Das wird in dem Gutachten der Sachverständigen unzweideutig zum Ausdruck kommen.

Mit der Annahme der Zahlen ist selbstverständlich, wie das bereits in dem gestern ausgegebenen Communiqué angedeutet ist, **noch nicht entschieden, ob man zu einem einstimmigen Bericht kommen wird.** Für die deutsche Delegation sind eben neben der Zahlenfrage auch die Modalitäten, unter denen der Plan laufen soll, von größter Wichtigkeit. **Es besteht aber allseitige Hoffnung, daß man in den nächsten Tagen zu einer Einigung auch über die noch schwebenden Fragen gelangen kann.**

* Paris. (Telunion.) Von unterrichteter deutscher Seite wird zu der vorläufigen Einigung zwischen den Alliierten und den deutschen Sachverständigen über die Höhe der deutschen Jahreszahlungen folgendes erklärt: **Die am Mittwoch gemeinsam von der deutschen Gruppe und den Gläubigern gefundene Lösung der Ziffernfrage kann nicht als ein Erfolg für Deutschland bezeichnet werden. Es ist in ihr vielmehr eine Lösung zu sehen, die in weitgehendem Maße der politischen Zweckmäßigkeit Rechnung trägt. Auf jeden Fall ist es aber keine Lösung vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus.** Diese Auffassung wird anscheinend auch in dem Gutachten der Sachverständigen unzweideutig zum Ausdruck kommen. Mit der Annahme der Ziffern ist allerdings noch nicht entschieden, ob die Sachverständigen zur Abfassung eines Einheitsberichts kommen. In der gemeinsam von den verschiedenen Sachverständigengruppen ausgegebenen Verlautbarung heißt es auch ausdrücklich, daß die Annahme der Ziffern nur Geltung hat, wenn man sich über die Bedingungen einig werden kann. Wenn unter diesen Umständen eine Einigung nunmehr zustande käme, so dürfte der Hauptgrund wohl in dem Umstande zu suchen sein, daß sowohl die deutsche Gruppe, wie die Vertreter der Gläubigermächte, sich zu der von Owen Young vorgeschlagenen Annuitätenreihe bekannt haben und die erste Gelegenheit ergriffen werden sollte, wo während der ganzen Sachverständigenkonferenz einmal in einer wichtigen Frage Einstimmigkeit erzielt wurde. **Die rasche Entwicklung der letzten Tage ist dem energischen Eingreifen des Vorsitzenden, Owen Young, zu verdanken, der einen starken Druck auf die Gläubigermächte ausübte.**

Drei Vorschläge waren vom Freitag an den Alliierten unterbreitet worden. Der dritte Vorschlag ist es, der nunmehr von allen Seiten Annahme fand. **Die Einigung über die Ziffernfrage bedeutet aber wenigstens eine Grundlage, die Anlaß zu der Hoffnung gibt, daß man sich nunmehr auch über die Bedingungen wird einigen können. Sollte dies nicht der Fall sein, so bedeutet auch die Einigung vom Mittwoch nichts. Für Deutschland sind neben der Ziffernfrage die Modalitäten des neuen Planes mindestens ebenso wichtig. Von den Verhandlungen der nächsten Tage wird es darum abhängen, ob man zu einem einstimmigen Berichte kommen wird. Die Verhältnisse haben sich in den letzten Wochen immer schwieriger gestaltet. Gegenüber dem, was am 14. Mai erreicht war, ist nichts geändert. Eine Aenderung trat nur insofern ein, als die Alliierten sich nunmehr offiziell mit der Ziffernreihe, wie sie der Konferenzvorsitzende vorschlug, einverstanden erklärt haben.**

Die Reparationsverhandlungen und der französische Kammerausschuß.

)(Paris. Der Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat sich gestern mit den Reparationsverhandlungen beschäftigt. Der Vorsitzende, Paul Boncour, gab Kenntnis von dem bereits bekanntgewordenen Briefe Poincarés, in dem dieser erklärt, er könne nicht vor dem Ausschuß erscheinen, um Auskunft über den Lauf der Verhandlungen zu geben, ehe der Sachverständigenbericht vorliege. Aus diesem Grunde ist die Aussprache über das Schuldenproblem, obwohl ein Bericht darüber vorlag, auf kommenden Mittwoch vertagt worden. Der Ausschuß hat sich ferner mit dem Resolutionsentwurf des sozialistischen Abgeordneten Vincent Auriol beschäftigt. Dieser Entwurf fordert, daß die Regierung mit den interessierten Staaten in Verhandlungen trete, um die deutschen Reparationszahlungen in erster Linie für den Wiederaufbau zu verwenden und erst in zweiter Linie für die Erstattung der Kriegsschulden, über die man nach Ansicht der Sozialisten überhaupt nicht hätte verhandeln dürfen, solange das Parlament die vorliegenden Abkommen mit England und Amerika nicht ratifiziert hat. Nach den Berichten scheint der Ausschuß in eine eingehende Aussprache über den sozialistischen Resolutionsentwurf nicht eingetreten zu sein; er hat vielmehr einen rechtsstehenden Abgeordneten (Goy) mit der Ausarbeitung eines provisorischen Berichts beauftragt, der dem Ausschuß am kommenden Freitag vorgelegt werden soll.

Nach der Agentur Havas ist die Mehrheit des Ausschusses darin dem Standpunkt Poincarés beigetreten, daß **eine Debatte nicht eröffnet werden dürfe, ehe die Reparationskonferenz ihre Arbeiten beendet hat.** Der Ausschuß war der Ansicht, daß eine öffentliche Diskussion das Ergebnis der Sachverständigenberatungen beeinflussen könne. Selbst die Sozialisten hätten auf einer sofortigen Diskussion nicht bestanden. Es habe sich aber ergeben, daß trotz der Vertagung die Mehrheit des Ausschusses den Resolutionsentwurf der Sozialisten annehmen wolle.

•

Englische Pressestimmen zur Reparationskonferenz.

)(London. Der Pariser Korrespondent der **Morning Post** und der **Financial News** meldet: **Dr. Schachts Zugeständnis würde eine Erhöhung von ungefähr 250 Millionen Mark bedeuten, aber die Alliierten brauchen ungefähr das Doppelte dieser Summe.** Ihre Arbeit wird noch erschwert durch die Tatsache, daß ihre Rechnungsaufstellungen zuweilen verschiedenartige Ergebnisse zeigen. Gestern nachmittag wurde die Frage der österreichischen Nachfolgestaaten erörtert, deren Schulden nach Dr. Schachts Ansicht in die Reparationsregelung einbezogen werden sollten. Neue britische Zugeständnisse werden entgegen französischen Meldungen nicht ins Auge gefaßt. Eine maßgebende Persönlichkeit äußerte: Ein völliger Abbruch ist noch immer möglich; wenn er sich aber vermeiden läßt, dann beabsichtigen die Sachverständigen, ein Datum für die Beendigung der Kosten der Rheinlandbesetzung festzusetzen, was wahrscheinlich das Ende der Besetzung selbst bedeuten würde.

Der Pariser Korrespondent der **Times** meldet: **Ein Kompromiß bezüglich des Datums des Inkrafttretens des Young-Planes, ein eventuelles Kompromiß bezüglich der Zahlen und ein Kompromiß bezüglich der wichtigeren deutschen Vorbehalte sind bezeichnend für den Weg, auf dem sich die Konferenz in Richtung auf eine Vereinbarung hin bewegt.** Was die Frage eines Moratoriums betrifft, so dürfte den Deutschen eine Art Moratorium für die Hälfte der von ihnen geforderten Zeit als Kompromißlösung angeboten werden. Offiziell wird erklärt, daß die belgische Markforderung aus der jetzigen Berechnung versuchsweise ausgeschlossen worden ist in der Hoffnung, daß sie durch besondere Verhandlungen erledigt werden kann. Auf jeden Fall aber würden die belgischen Delegierten darauf bestehen, daß die Regelung dieser Frage gleichzeitig mit dem Sachverständigenbericht unterzeichnet wird. — Der Brüsseler Korrespondent der **Times** berichtet, die belgische Regierung lehne eine besondere Vereinbarung wegen der Markfrage ab. Belgien werde nur eine Lösung annehmen, die die Rückzahlung des Markbetrages mit der allgemeinen Regelung des Reparationsproblems verkuppelt.

Der Pariser Korrespondent der **Financial Times** meldet: Obwohl alle Sachverständigen ein greifbares Ergebnis wünschen, ist **alles noch derartig in der Schwebe, daß noch nicht abzusehen ist, wie die Konferenz enden wird.** Owen Young, der sich gesundheitlich schlecht fühlt, hat seine endgültige Absicht bekundet, in einigen Tagen nach Newyork abzureisen. Es ist noch nicht bekannt, wer ihn ersetzen wird, falls die Konferenz dann noch tagt.

•

Begegnung Stresemann-Schacht?

)(Berlin. Die deutsche Delegation für die **Ratstagung** wird am Sonntag abend Berlin verlassen und am Montag mittag in Paris eintreffen. Unter der Voraussetzung, daß die außenpolitische Lage die Reise Stresemanns nach Madrid ermöglicht, kann laut „Germania" angenommen werden, daß **Dr. Stresemann in Paris vom Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht über die Situation der Konferenz mündlich unterrichtet** wird. Die Weiterreise nach Madrid ist für Montag abend angesetzt.

Manchester Guardian über die Rheinlandbesetzung.

)(London. In einem Leitartikel über die Rheinlandbesetzung führt Manchester Guardian aus: **Das ganze Gerede über Frieden, Abrüstung und internationale Harmonie wird wertlos gemacht durch die Anwesenheit britischer, französischer und belgischer Truppen im Rheinland.** Die Rheinländer, ein hochzivilisiertes und freiheitliebendes Volk im Herzen Europas, werden durch eine fremde militärische Invasion gedemütigt und in der Ausübung ihrer bürgerlichen Rechte gehindert. Das Blatt betont, daß **keine moralischen oder materiellen Gründe für das Verbleiben der alliierten Besatzungstruppen im Rheinland bestehen** und daß im Gegenteil zahlreiche sehr dringende Gründe für die Zurückziehung dieser Truppen vorhanden sind. Wenn die französischen und belgischen Truppen nicht zurückgezogen würden, so müßten **wenigstens die britischen Truppen mit gutem Beispiel vorangehen.**

Wiederbeginn der Reichstagsberatungen.

)(Berlin. **Der Reichstag wird am Montag, den 3. Juni, nachmittags 3 Uhr seine Plenarsitzungen wieder aufnehmen.**

In Fortsetzung der Etatsberatungen wird zunächst der **Etat des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft** in Verbindung mit dem **landwirtschaftlichen Notprogramm** beraten werden.

Der **Haushaltsausschuß** wird bereits am Freitag, den 31. Mai, seine Arbeiten wieder aufnehmen und in dieser Woche die Beratung des Etats des Finanzministeriums und der Kriegslasten erledigen. Am 3. und 4. Juni steht im Ausschuß das Verkehrsministeriums, am 5. und 6. Juni der Etat des Reichswehrministeriums zur Debatte.

Die Etats der allgemeinen Finanzverwaltung und das Etatgesetz sollen in Abendsitzungen des Haushaltsausschusses erledigt werden. Um den Etat im Ausschuß rechtzeitig fertig zu stellen, ist beschlossen worden, den ersten Rednern jeder Fraktion 15 Minuten Redezeit und den weiteren Rednern nur je 5 Minuten Redezeit zu gewähren. Wann jedoch der 1. Etat im Plenum erledigt werden kann, ist zur Zeit noch nicht zu übersehen, obwohl der Aeltestenrat schon in seiner letzten Sitzung **Abendsitzungen des Plenums** in Aussicht genommen hat.

SLUB
Wir führen Wissen.